

GGK Klausur 3: Sicherheitspolitik

Blauhelme:

- Friedenstruppe der Vereinten Nationen, erster Einsatz 1948 in Israel
- Aufgaben: Puffer zwischen feindlichen Truppen, Entwaffnung, Minenräumung, Sicherung von Wahlen, Wiederaufbau Hilfe, humanitäre Hilfe
- Prinzipien: Einsatz durch Beschluss des Sicherheitsrates, Unparteiisch, Waffen nur zur Selbstverteidigung

Mandate:

Friedenssicherung: Bei Waffenstillstand

Friedenstruppe	Beobachtertruppe
- Frieden sichern → kein Kampfauftrag	- Waffen zur Selbstverteidigung
- bewaffneter Einsatz	- Krisenlage beobachten
	- Tatbestände sammeln

robustes Mandat:

- nicht zur Selbstverteidigung
- Mission mit Waffengewalt verteidigen
- nur wenn Gewalt freie Einsätze aussichtslos erscheinen oder waren
- mit Waffengewalt: Zivilbevölkerung schützen und gegen Menschenrechtsverletzungen vorgehen

Vereinte Nationen Friedensbewahrung/Sicherheitsbewahrung beschrieben in

Kapitel VI und

- Maßnahmen zur friedlichen Beilegung von Streitigkeiten
- Verhandlung
- Vermittlung
- Schlichtung
- Kompromissvorschläge

Kapitel VII

- Zwangsmaßnahmen bei Angriffshandlung oder Friedensbruch
→ Letztes Mittel der Konfliktlösung
- Wirtschaftliche Sanktionen
- Abbruch diplomatischer Beziehungen
- militärische Einsätze
→ Friedenerzwingung

der Charta
der UN

→ Blauhelm Einsätze (liegen dazwischen)

- rein diplomatische und /oder zivile Maßnahmen
- militärische Komponente: z.B. Patrouille zwischen verfeindeten Truppen

NATO (Nordatlantikvertrag-Organisation)

- Freiheit & Sicherheit der Mitglieder garantieren durch:
 - Abschreckung, Aufrüstung, ständige Abwehrbereitschaft
- militärisches Bündnis Europäischer und & Nordamerikanischer Staaten
- gegründet 1949, neue Aufgaben seit 1991 nach Warschauer Pakt
 - transatlantisches Bindeglied
 - Krisenmanagement

UNO (United Nations Organization) (192 Staaten)

- Gründung 1945, Frieden auf der Welt dauerhaft sichern
- Umsetzung von Menschenrechten, Nahrungsversorgung, Entwicklungshilfe und Minensicherung

OSZE (Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa)

- 1995 Konferenz für Sicherheit & Zusammenarbeit in Europa
- Ziele: Sicherung des Friedens, Wiederaufbau nach Konflikten in Europa
- Zusammenarbeit mit anderen internationalen Organisationen

Balkan-Krise

Krieg in Kroatien (Juli 1991), Krieg in Bosnien-Herzegowina (März 1992)

- Dauer der Kriege: Jugoslawien: 4 Jahre und Bosnien: 3 Jahre
- „ethnisch-religiöse Säuberung“: Diskriminierung, Prügel, Folterung, Massenexekutionen, Vergewaltigung, Vertreibung, Bombardierung, Zerstörung
- Gewalt gegen Frauen und Kinder – gegen Zivilbevölkerung allgemein
- Wirtschaft: Auslandsverschuldung, Waffenverkäufe, Kriegsfinanzierung
- Ursache von Konflikten:
 - wirtschaftlich
 - psychologisch
 - ideologisch
 - religiös
 - historisch

NATO Intervention im Kosovo

Ziele: Schutz Zivilbevölkerung, Ende des Völkermords, Erzwingung von Friedensverhandlungen, politische Isolierung Milosevics

Bundeswehr

Oberbefehlshaber:

- a) Frieden: Verteidigungsminister
- b) Kriegsfall: Bundeskanzler (in)

9 Monate Wehrpflicht

Dienstsitze: Bundesverteidigungsministerium in Bonn/Berlin

Gründung: 1955

Grundgesetz: Verteidigung des Deutschen Volkes, der Demokratie, das eigene Land, Unterstützer der Polizei und des Bundesgrenzschutzes

Truppenstärke: 1990 ca. 670.000 Soldaten → Standortschließungen wegen zu wenigen Einsätzen → 250.000 Soldaten

Weißbuch: Aufgaben der Bundeswehr für die kommenden Jahre

- Personalstand, Ausrüstung, Ausbildung planen
- öffentliche Diskussion

Aufgaben der Bundeswehr:

- Schützen
- Helfen
- Vermitteln
- Kämpfen

aber hauptsächlich Aufbauhilfe leisten

Auslandseinsätze (ca. 6300 Soldaten im Herbst 2008 im Ausland)

- Abgeordnete des Bundestages müssen Einsätzen zustimmen
- Mandate enthalten:
 - Einsatzauftrag und Gebiet
 - Dauer des Einsatzes
 - Personalzahlen

Unterscheidung:

Friedens und Stabilisierungsmissionen: ISAF (Afgh.), KFOR (Kosovo), OEF (Afrika)

UN-Beobachter Missionen: UNMIS (Sudan), UNOMIG (Georgien)

Beratungs-Unterstützungsmissionen: UNAMA (Afgh.), UNAMID (Sudan)

ISAF (Internationale Sicherheitsunterstützungstruppe, 1800-1900 Soldaten)

Bundeswehr:

Kunduz, Unterstützung der gewählten Regierung, Herstellung und Aufrechterhaltung eines sicheren Umfeldes, Wiederaufbau von Afghanistan, Etablierung demokratischer Strukturen

OEF (Operation Enduring Freedom) nach 11.09.2001

- Kampf gegen Terrorismus und für den internationalen Frieden
- Einsatzorte: Afghanistan und Horn von Afrika (mit Bundeswehrebeteiligung), Philippinen, Süd-Sahara
- Deutsche Marine am Horn von Afrika (85 Soldaten) seit 02/2002 (Stützpunkt Hafen von Djibouti)
- Führung der OEF: USCENTCOM / Bundestagsbeschluss 16.11.2001

Geschichte der EU

- 1950 Gemeinschaft für Kohle und Stahl (EGKS, auch „Montanunion“)
- Mitgliedstaaten: Belgien, die Bundesrepublik Deutschland, Frankreich, Italien, Luxemburg und die Niederlande
- 1957 Römische Verträge: Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) und Europäischen Atomgemeinschaft (Euratom)
- 7. Februar 1992: Gründung Europäische Union (EU)
- Ziel für die Zukunft: „bis 2010 zum wettbewerbsfähigsten und dynamischsten wissensbasierten Wirtschaftsraum in der Welt zu werden“

Mitgliedstaaten der EU(27 Mitglieder)

- Belgien, West-Deutschland, Frankreich, Italien, Luxemburg und die Niederlande heute noch Kern der EU
- Besondere Integrations Regelungen für von Mitgliedstaaten abhängige Gebiete

EU-Erweiterung

- EU vergibt offiziellen Status eines Beitrittskandidaten auf Antrag
- Voraussetzung: Erfüllung der Kopenhagener-Kriterien von 1993
- Kopenhagener-Kriterien: politische, wirtschaftliche und Acquis-Kriterien
- Potenzielle Beitrittskandidaten: Stabilisierungs- und Assoziierungsabkommen mit EU

Osterweiterung: Seit 1. Mai 2004 Estland, Lettland, Litauen, Malta, Polen, Slowakei, Slowenien, Tschechien, Ungarn und Zypern Mitglied der EU

- Gründe: wirtschaftliche Vorteile und historische und kulturelle Verbundenheit zu anderen EU-Mitgliedern

- Befürchtungen: Billigkonkurrenz, Abwanderung von Industrien und Firmen in den Osten

- Auswirkung: Engere wirtschaftliche Zusammenarbeit, Stärkung der Währungsunion

Debatte um Türkei als EU-Staat

- Erste Bewerbung um EWG Mitgliedschaft bereits 1959

- 1. Januar 1996: Mitgliedschaft in Zollunion: EU Wirtschaftsrecht in Türkei gültig

- 11. Dezember 1999: offizieller Status eines Beitrittskandidaten

- Grund: Reformen im Zivilrecht in der Türkei

- Start der Beitrittsverhandlungen 3. Oktober: „*Gemeinsames Ziel der Verhandlungen ist die Mitgliedschaft*“

- Kritik: Unzureichender Minderheitenschutz, zu wenig Religionsfreiheit

- 2007 Reformplan der türkischen Regierung

- Auf Drängen Österreichs wird geprüft ob die EU einen Türkei Beitritt verkraften kann

- Zukunft: Türkei muss 35 Kapitel des EU-Regelwerks realisieren

- Alle Mitgliedstaaten müssen einem Beitritt zustimmen

- Mögliche Auswirkungen: Konflikte der Türkei werden in die EU getragen, Energiepolitik

- USA Befürworter: Türkei besitzt Beziehungen bis in den Irak